

Anteil an Gesamtbeschäftigung deutlich unter Durchschnitt

OECD-Länder: Öffentlicher Dienst in Deutschland altert rapide

Deutschlands öffentlicher Dienst altert rapide, wie ein internationaler Vergleich der OECD zeigt. dbb Chef Ulrich Silberbach mahnt zum Gegensteuern.

Der Anteil der Beschäftigten des öffentlichen Sektors im Alter zwischen 18 und 34 Jahren in Deutschland ist von 30 Prozent im Jahr 2015 auf 17 Prozent im Jahr 2020 gesunken, wie der Report „Government at a Glance 2021“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ausweist. Dies sei der größte Rückgang in der gesamten OECD, heißt es in dem Statistikbericht, der für den gleichen Zeitraum ausweist, dass 19 von 32 OECD-Mitgliedsstaaten den Anteil junger Menschen in ihrem öffentlichen Sektor erhöht haben. Mit Blick auf die Gesamtbeschäftigung rangiert Deutschlands öffentlicher Dienst mit einem Personalanteil von 10,63 Prozent deutlich unter dem OECD-Durchschnitt (17,25 Prozent) und liegt auch im unmittelbaren europäischen Vergleich zurück. Spitzenreiter sind hier die skandinavischen Länder Schweden (28,66 Prozent), Dänemark (27,61 Prozent) und Finnland (24,24 Prozent), auch etwa in Belgien (18,29 Prozent), Polen (17,25 Prozent) und Portugal (14,07 Prozent) kümmern sich im Verhältnis betrachtet mehr Menschen um die Aufgaben des Staates.

„Die Zahlen für den OECD-Raum machen einmal mehr deutlich, dass Deutschland seinen Staatsdienst personell zukunftsfest machen muss“, mahnte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 26. Januar 2022 in Berlin Richtung Politik. „Fakt ist, das Bund, Ländern und Gemeinden schon jetzt mehr als 300.000 Beschäftigte fehlen, um die von der Politik vorgegebenen Aufgaben umzusetzen. Weitere 1,3 Millionen Kolleginnen und Kollegen verlassen den öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren altersbedingt. Die Neueinstellungen, die eigentlich bereits heute strategisch zur Kompensation dieses enormen Verlusts an Arbeitskraft erfolgen müssten, decken nur einen Bruchteil des tatsächlichen Bedarfs ab“, kritisierte Silberbach. „Taktieren und Sparen, bis sich die Balken biegen, funktioniert nicht mehr“, warnte der dbb Chef. Der öffentliche Dienst sei ein tragender Standortfaktor von bedeutender volkswirtschaftlicher Relevanz. „Wer hier nicht investiert, setzt die ökonomische Leistungsfähigkeit unseres Landes ebenso aufs Spiel wie das Vertrauen von Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern in das Funktionieren der staatlichen Institutionen. Das ist ein hoher Preis, wenn wir uns vor Augen halten, welche Aufgaben wir allein mit Fachkräftemangel, Digitalisierung und ökologischer Transformation der Wirtschaft vor der Brust haben.“ Ohne eine rigorose Aufgabenkritik und eine fundamentale Verbesserung der Ausstattung des öffentlichen Dienstes mit Personal und Technik drohe Deutschland in vielen zukunftsrelevanten Bereichen wie Bildung, Konjunktur und Innovation zurückzufallen. „Es ist politisch verantwortungslos, hiervor die Augen zu verschließen“, so Silberbach. Die Zahlen des OECD-Reports „Government at a Glance 2021“ finden sich u.a. auch im aktuellen dbb Monitor öffentlicher Dienst 2022.

Redaktion: Dr. Frank Zitka

Herausgeber: dbb Bundesleitung | Friedrichstraße 169 | 10117 Berlin

Telefon: 030 4081 40 | Telefax: 030 4081 4999 | www.dbb.de

[Abonnement ändern](#) | [dbb newsletter abbestellen](#)

Sollten Sie Fragen oder Anregungen zum dbb newsletter haben, wenden Sie sich bitte an die dbb Redaktion unter cvd@dbb.de.